

...ung zu umgeben. Das über die Regelung der Verhältnisse auf den Alandinseln ein Abkommen zwischen Deutschland, Finnland, Rußland und Schweden zu treffen ist, steht mit den früheren Erklärungen der deutschen Regierung im Einklang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Unterzeichnung des Vertrages: Von russischer Seite wird behauptet, daß die russischen Unterhändler in Dresden-Stolow genötigt gewesen seien, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne von seinem Inhalt die nötige Kenntnis genommen zu haben. Diese Behauptung ist völlig unzutreffend. Was die rechtlichen Bestimmungen des Vertrages betrifft, so stimmen sie völlig mit denen überein, die in den wochenlangen Verhandlungen zwischen den Delegationen schon vor der Wiederannahme der Feindseligkeiten festgelegt worden waren. Die politischen Bestimmungen des jetzigen Vertrages sind nach der Wiederannahme der Verhandlungen den russischen Delegierten und dem Gesandten von Rosenberg eingehend erörtert worden. Besondere Kommissionen einzusetzen, haben die Russen selbst abgelehnt. Sie haben in voller Kenntnis und nach einer Prüfung, die sie selber als ausreichend betrachtet haben, den Vertrag unterzeichnet.

Der Reichskanzler an die ukrainische Regierung.

Auf ein Telegramm des Ministerpräsidenten der ukrainischen Republik an den Reichskanzler, in dem diesem namens des ukrainischen Volkes der herzlichste Dank für die gewährte Waffenhilfe ausgesprochen wird, ist folgende Antwort des Reichskanzlers ergangen:

Mit aufrichtiger Freude habe ich die Kunde von der Befreiung des alten ehrwürdigen Kirow, der Hauptstadt der Ukraine, vernommen. Ich beglückwünsche Sie und die junge ukrainische Armee zu den schnellen Erfolgen und weih mich eins mit dem deutschen Volke in der Genugtuung, daß deutsche Truppen an der Befreiung der Ukraine mitwirken konnten. Möge ihr auch immer die Macht und die Freiheit beistehen, nach eigenem Recht und eigener Bestimmung im Frieden zu leben. Noch haben die deutschen Truppen in Ihrem Lande; ich darf Ihnen Mitteilungen entgegennehmen, sobald Sie glauben, daß das Werk der deutschen Truppen vollendet ist und der Verbleib zu ihrer Zurückziehung unbedenklich gesehen werden kann.

Der König von Sachsen an den Kaiser.

Aus Dresden wird gemeldet: Aus Anlaß des Friedensschlusses mit Rußland hat zwischen Seiner Majestät dem König und Seiner Majestät dem Kaiser folgender Telegrammwechsel stattgefunden:

Seiner Majestät dem Kaiser, Großes Hauptquartier. Ich kann die Nachricht sagen, mit welcher aufrichtigen Freude ich soeben die Nachricht von der Unterzeichnung des Friedens mit Großrußland erfahren habe. Wenn es auch noch manche Schwierigkeiten zu überwinden gibt, so ist das der erste Lichtblick seit Jahren. Unser beispielloses Vorkriegs hat uns den Frieden gebracht. Gott beise und weiter! Friedrich August.

Seiner Majestät dem König Friedrich August in Dresden. Durch Dein Glückwunschtelegramm hast Du mich sehr erheitert. Ich fühle wie Du tiefste Befriedigung, Dank gegen Gott und die Armeen, die diesen Frieden erzwungen hat. Wir sind, nachdem nunmehr die Ostfront in der Hauptsache frei geworden, ein gewaltiges Stück weiter gekommen. In festem Vertrauen auf das deutsche Schwert sehe ich in die Zukunft, die uns nach allen schweren Opfern Sieg und dauernden Frieden bringen wird und bringen muß. In treuer Freundschaft Wilhelm.

Von Seiner Majestät dem König von Sachsen ist dem Reichskanzler folgendes Telegramm zugewandt: Der hochbedeutende geschichtliche Augenblick, in dem wir mit der ersten feindlichen Großmacht zum Frieden gelangt sind, bietet mir vollkommene Gelegenheit, Euer Ergehen meinen herzlichsten Glückwunsch und begeisterte aus überquellendem Herzen stammende Freude auszusprechen. gez. Friedrich August.

Kriegsnachrichten.

Die Besetzung der Alandinseln durch Deutschland.

Stockholm Telegramm Bureau meldet amtlich aus Stockholm: Auf Befehl seiner Regierung hat der deutsche Gesandte in Stockholm dem Minister des Auswärtigen zur Kenntnis gebracht, daß Deutschland die Absicht habe, auf Verlangen der finnländischen Regierung Truppen nach Finnland zu entsenden, um die dort herrschende Revolte zu unterdrücken, und daß diese Truppen mit Zustimmung Finnlands sich im Verlaufe ihrer Operationen auch der Alandinseln bedienen würden. Um die Erfüllung der humanitären Aufgabe, die Schweden bezüglich der Alandinseln übernommen habe, nicht zu beeinträchtigen, würde Deutschland sich indessen darauf beschränken, diese Inseln zu besetzen, um dort eine Etappe einzurichten, die für die militärische Expedition notwendig sei. Es wurde ferner versichert, daß Deutschland keinerlei territoriale Interessen an den Inseln habe, und daß die Frage der Alandinseln mit Rücksicht auf die Lebensinteressen Schwedens an diesen Inseln in engem Zusammenhang mit diesem Lande geregelt werden soll. Indem sie von diesen im Namen der deutschen Regierung abgegebenen Erklärung Kenntnis nahm, hat die schwedische Regierung ihre ersten Einwendungen gegen eine etwaige Besetzung der Alandinseln, durch welche die Inseln in den Bereich der kriegerischen Operationen gezogen oder die Erfüllung der humanitären Aufgabe Schwedens zum Schutze der Bevölkerung der Inseln behindert werden könnte, als als ihre Pflicht betrachtet, hervorzuhoben, daß nach ihrer Meinung selbst eine begrenzte Benutzung der Alandinseln, die gemäß der gemachten Mitteilung stattfände, Schwierigkeiten mit sich bringen könnte für eine den begehren Absichten entsprechende Verwirklichung der humanitären Ziele Schwedens auf den Alandinseln. Der Kommandeur des schwedischen Ueberwachungskorps auf den Alandinseln ist von der geplanten Ankunft der deutschen Expedition, sowie von den mit Bezug darauf gemachten deutschen Erklärungen benachrichtigt worden. (Siehe auch den Bericht über die Sitzung des Hauptauschusses.)

Wolfs Telegramm-Bureau verbreitet folgende Meldung aus Stockholm: Die Erklärung der schwedischen Regierung zur deutschen Alandinselnaktion, die überall im Vordergrund des Interesses steht, wird im Großen und Ganzen sehr ruhig aufgenommen. „Stockholms Dagblad“ will nicht recht glauben, daß die Errichtung einer deutschen Etappe auf Aland für die militärische Expedition notwendig sei, doch betont das Blatt, das formale Recht könne Deutschland natürlich nicht aberkannt werden, nachdem mitgeteilt worden sei, daß die Truppenlandung im Einverständnis mit Finnland geschehe; doch würde die Ausübung der humanitären Pflichten Schwedens auf Aland durch das Erscheinen eines neuen Faktors erschwert. Die politischen Folgen des Ereignisses müsse man kalt nehmen. Deutschland habe feierlich erklärt, es habe kein territoriales Interesse an den Inseln und Schwedens Programm bleibe natürlich das gleiche, wie vorher, nämlich das in der Antwort des Königs an die Abordnung festgelegte, das eine Lösung der Frage in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Aländer und mit Finnlands Regierung anstrebe. „Dagens Nyheter“ nennen die neue Komplikation auf Aland sehr unangenehm. Im übrigen meint die Zeitung, man könne

...in das finnische Geschäft eingeleitet habe. Die deutsche Hilfe hätte sich eingestellt, selbst wenn Schweden ein größeres Abenteuer unternommen hätte, ja sogar dann noch früher. Die finnischen und deutschen Interessen berührten sich auf jeden Fall sehr eng. „Stockholms Tidningen“ behandelt sehr allgemein das Thema der deutschen Hilfe für Finnland und schreibt zusammenfassend: Der Traum von einem größeren Standpunkte, der auch Finnland umfaßt und durch gemeinsame nordische Interessen zusammengehalten wird, ist verpuffen. Vielleicht wäre er auch unter anderen Umständen nicht so rasch verwirklicht worden. Aber niemand kann sich verheßen, daß die jetzige Entwicklung der Dinge in ausgeprägter Weise an Schweden vorübergeht. Vom schwedischen Standpunkt muß man jedoch offen und ohne Vorbehalt anerkennen, daß es jedenfalls weit besser ist, wenn der blutige Anarchismus in Finnland mit Deutschlands Hilfe überwunden wird, als wenn die russischen Waffen liegen und über Recht und Kultur und Demokratie triumphieren.

Die Schiffsbente in Reval.

Aus Berlin wird gemeldet: In Reval sind 8 alte Unterseeboote, 3 brauchbare Dampfer von 1200-2000 Tonnen, 2 kleine Geschütze, mehrere leichte Fahrzeuge und Schiffe, 3 U-Boote mit Kriegsschiffsmunition und vielem Material zur Sicherung gegen U-Boote in unsere Hände gefallen. Die russischen Schiffe, von denen sich 2-4 kleinere Kreuzer und Torpedobootjäger sowie ein größerer Kreuzer im Hafen von Reval belunden hatten, waren bereits auf dem Wege nach Helsinki und sind vermutlich inzwischen im Eis festgekommen.

Zwei französische Flieger aus Deutschland entkommen.

Genoa meldet aus Paris: Die Flieger Garros und Marchal, die kürzlich aus Deutschland entkommen sind, sind in Paris eingetroffen.

Eine deutsche Erklärung über Bichons Mitteilungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über Herrn Bichons Fund:

Bei der großen Kundgebung in der Sorbonne, wo die Brut der französischen Revanchepolitikern nochmals die alten, fanatischen Rufe nach Elend-Verträgen erhob, meinte der Minister Bichon, mit der neuesten Instruktion vom 31. Juli einen großen Trümpf auszuspielen. Wie steht es damit? An jenem Tage hatte der deutsche Botschafter die Aufgabe, Gemüth über die Haltung Frankreichs herbeizuführen. Sein Auftrag war, die französische Regierung zu befragen, ob sie im russisch-deutschen Kriege neutral bleiben wolle. Seine Instruktionen hatten folgenden Inhalt:

„Wenn, wie nicht anzunehmen ist, die französische Regierung erklärt, neutral zu bleiben, wollen Eure Excellenzen der französischen Regierung erklären, daß wir als Pfand für ihre Neutralität die Ueberlassung der Festungen Toul und Verdun fordern müßten, die wir besetzen und nach Beendigung des Krieges mit Rußland zurückgeben würden.“

Der deutsche Botschafter ist nicht in die Lage gekommen, von diesem Inhalt seiner Instruktionen Gebrauch zu machen, denn der französische Ministerpräsident erwiderte bereits auf die Frage der französischen Neutralität, Frankreich werde das tun, was seine Interessen ihm geböten. Schon am 29. Juli aber hatte die französische Regierung das Gebot der Neutralität Frankreichs dahin endgültig festgelegt, daß sie in Petersburg die Bereitschaft zur Waffenhilfe erklärte. Frankreich hatte sich also zum Kriege entschlossen, ehe Herr v. Schoen die französische Regierung über ihre Haltung befragte. Der Fall, dessen Eintreten die deutschen Instruktionen als unwahrscheinlich betrachteten, war somit von vornherein ausgeschlossen. Da Frankreich aus seinem Entschluß, nicht neutral zu bleiben, kein Hehl machte, ist es überflüssig nicht zu Verhandlungen über etwaige Sicherungen der französischen Neutralität gekommen. Die Herr Bichon glaubt, hat die französische Regierung erst kürzlich von jenem Inhalt der deutschen Instruktionen Kenntnis erhalten. Die Entschlüsse der damaligen französischen Regierung sind ganz unabhängig davon gefaßt worden. Für die Beurteilung des französischen Kriegswillens in den entscheidenden Tagen kommt somit diesem Punkte keine Bedeutung zu.

Wir können also über diese Reminiscenz vom 31. Juli 1914 ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen, da aber Herr Bichon trotz genauer Kenntnis der wirklichen Vorgänge für einen so erheblichen Wert beizulegen scheint, wollen wir doch noch kurz bei der Frage verbleiben, wie denn die Sachlage gewesen wäre, wenn die französische Regierung in ihrer Antwort vom 1. August Neutralität zugesichert hätte? Die bloße Fugabe der Neutralität wäre es natürlich ohne jeden Wert gewesen. Frankreich hätte es ganz in der Hand gehabt, wie lange es in der Neutralität auf der Lauer liegen wollte. Es konnte in jedem ihm stehenden Augenblick von der Neutralität zur Feindseligkeit übergehen. Man braucht dabei nur an Italien und Rumänien zu denken. Dagegen hätten feste Sicherungen militärischer Art geschaffen werden müssen. Daß die deutsche Regierung bereit gewesen wäre, auch andere Wege zu prüfen, als die in der nicht ausgeführten Instruktion an Herrn von Schoen bezeichneten, ergibt sich aus Folgendem: Noch im letzten Augenblick am 1. August schien sich eine Möglichkeit in der von dem deutschen Botschafter in London nach Berlin gemeldeten Grundlegung Sir Edward Trevelyan zu bieten, ob für den Fall der französischen Neutralität das Unterbleiben eines deutschen Angriffs auf Frankreich zugesagt werden könne. Die deutsche Regierung erklärte sich sofort bereit, hierauf einzugehen, falls sich England mit seiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs verhielte. Die Anfrage stellte sich jedoch noch am gleichen Tage als ein Mißverständnis heraus. Die französische Neutralität lag nicht im Plane der Entente. Frankreich wollte die Neutralität nicht und auch England rückte seinen Finger, um sie herbeizuführen. Das ist der wahre Zusammenhang der Dinge. Herr Bichons Fund ändert nichts daran.

Das Eingreifen Japans.

Agence Havas meldet aus Paris: „L'Echo“ veröffentlicht folgende Note: Informationen aus Washington besagen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten, ohne den Wunsch zu besitzen, selbst mit Japan über die Intervention zu unterhandeln, welche dies Land vielleicht in Sibirien durchzuführen beabsichtigt, wie die Alliierten in Europa Verkündnis für den legitimen und dringenden Charakter dieser Maßnahme besitze. Es sind daher die Alliierten in Europa und insbesondere das Japan verbündete Großbritannien, denen es zukommt, der japanischen Regierung Ermahnung zu gewähren, welche mit Recht wünscht, daß die Art und die Folgen ihrer Intervention in einem gemeinsamen Abkommen festgelegt werden, aber es versteht sich von selbst, daß die Alliierten in Europa beständige Sorge tragen würden, die enge Gemeinschaft der Gesichtspunkte zwischen sich und der Washingtoner Regierung aufrecht zu erhalten, welche unmittelbar daran interessiert ist, zu verhindern, daß der deutsche Einfluß sich bis an den Stillen Ozean ausbreite.

...um gegen die ...
Im Gegenlag zu Ballour erklärte Runciman, daß man nicht jeden Gedankenaustrausch zwischen den kriegsführenden Mächten abweisen müsse, bevor eine wirkliche Uebereinstimmung erzielt sei.

Tagesgeschichte.

Deutschland Reich.
Zum Tode des Großherzogs Adolf Friedrich. Aus Neukreutz wird amtlich mitgeteilt: Die „Landbesetzung“ für beide Mecklenburger veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgende Erklärung: Um den im Zusammenhang mit dem Ableben Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Adolf Friedrich umlaufenden falschen Gerüchten entgegenzutreten, steht sich das unterzeichnete Ministerium des Großherzoglichen Hauses zu folgender Feststellung veranlaßt: Seine Königl. Hoheit der Großherzog beabsichtigte, sich in allernächster Zeit mit einer Prinzessin eines deutschen Fürstenhauses zu verloben, deren Anmut und liebreichem Einfluß auf ihn gemacht hatte. Ebe der Großherzog diesen seiner Neigung und seinen Herrschaftspflichten entsprechenden Schritt unternehmen konnte, wurden zunächst Hindernisse beseitigt werden, die in einer früher beabsichtigten Verlobung, deren Verwirklichung aber wegen der Ehenbürtigkeitsfrage nicht möglich war, ihren Ursprung hatten. Die zur Lösung dieser Schwierigkeiten gekonnten Verhandlungen, die längere Zeit in Anspruch nahmen und weitest schwieriger waren als erwartet werden konnte, drückten stark auf das Gemüth des überaus gemüthhaften und feinfühlenden hohen Herrn. Und als schließlich in jenen Verhandlungen eine Wendung eintrat, die den Großherzog die erhoffte glückliche Lösung für stark gefährdet aussehen ließ, beabsichtigte sich seiner eine derartige Verweigerung über die Gestaltung seiner Zukunft, daß seine klare Urteilskraft getrübt und sein Gemüth vermerkt wurde. Aus diesem Zustand geistiger Verwirrung ist allein der unglückliche Schritt zu erklären. Alle anderen umlaufenden Gerüchte sind gänzlich unbegründet. Neukreutz, 4. März 1918. Ministerium des Großherzoglichen Hauses, Vostorf.

Auszeichnung für den Oberbefehlshaber im Osten. Der Kaiser hat nach Abschluß der Operationen im Osten dem Oberbefehlshaber Ost, Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern, das Großkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen.

Der Reichskanzler veröffentlicht eine Verordnung über Schilf.

Schwesterüberflut. Der Krieg hat gewaltig hohe Ansprüche an die Mitarbeit der Frau besonders auf dem Gebiete der Kranken- und Verwundetenpflege gestellt. Trotz bester Vorbehalte waren zu Beginn bei den unerwartet hohen Miensziffern des modernen Vorkrieges die Kräfte überall unzulänglich. Im Laufe des Krieges ist dank der Opferwilligkeit und Hilfsbereitschaft der deutschen Frau das vorhandene Bedürfnis doch befriedigt worden. Infolgedessen steht nun aber eine so große Zahl von Krankenschwestern augenblicklich im Dienst, daß sich für die kommende Friedenszeit die Frage erhebt, was dann aus den vielen in den Ueberflut eingetretenen Frauen und Mädchen werden soll. Nun wird sich ja auch hier wie auf so manchem Gebiet einiges durch die Verhältnisse selbst regeln. Der Krieg hat leider auch viele dauernde Kranke und Pflegebedürftige geschaffen, für die ein verstärktes Pflegepersonal nötig sein wird. Eine große Anzahl freiwilliger Pflegerinnen leistet ferner den schweren Dienst nur als bewährtes Kriegsveteran und ist durchaus in der Lage, wie auch in der Stimmung, die schwere Arbeit, sobald sie nicht mehr für das Vaterland unentbehrlich ist, wieder aufzugeben. Mit der Unterbringung der übrigen entbehrlich gewordenen Pflegekräfte werden sich dann vor allem die verschiedenen Schwesterorganisationen zu befassen haben.

Die politische Senjur. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse hielt am 2. und 3. d. M. eine Sitzung in Berlin ab, zu der sich die überwiegende Mehrheit der Vorstandsmitglieder aus dem Reich und den Berliner Vorstandsmitglieder zusammenschloß. Den hauptsächlichsten Inhalt der Verhandlungen bildete eine sehr eingehende Beratung über die Rechtsverhältnisse der Tagesdrittsteller, alsdann eine ausführliche Aussprache über die politische Senjur, die in die Annahme folgender Entschlüsse auslief: Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse spricht die bestimmte Erwartung aus, daß der Reichstag Uebergriffen der militärischen Senjur auf das politische Gebiet entgegentritt und das er auch keine Abänderung der Senjurvorschriften dulden wird, die der Sache nach die Einführung einer politischen Senjur durch politische Behörden bedeutet. Weiterhin wurden innere Angelegenheiten des Verbandes erörtert.

Streitiger Protest gegen eine Verlesung der Großherzogtümer. Zur Frage der Thronfolge veröffentlicht die nationalliberalen Wahlvereine für Mecklenburg-Strelitz in der „Landbesetzung“ einen Aufruf, in dem es heißt, daß die Einverleibung in Mecklenburg-Schwern eine schwere Schädigung für das Land, besonders die Haupt- und Residenzstadt Neukreutz, bedeuten würde. In einer Zeit, da das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Rechtserkenntnis für politische Abmachungen allseitig anerkannt und befolgt wird, könne man es dem Streitiger Volk nicht zumuten, sich durch einen Vertrag, den seine Fürken vor mehr als 200 Jahren schlossen, gebunden zu fühlen. Die Streitiger müßten unter allen Umständen darauf bestehen, daß ihr Land als deutscher Bundesstaat seine politische Selbstständigkeit behalte. Es sollen umgehend im ganzen Lande Unterschriften gesammelt werden für eine Petition an den Großherzog Friedrich Franz.

Verloren am Sonnabend abend
Pferdedecke
von Wartburg bis Felschloßchen. Abzugeben bei Friede, Neu-Gröbda.

Verloren am 2. 3. abend
auf dem Wege von M.-H. Nöbberau b. Langenberg solb. Klemmer. Weg. Verlobung, abzugeben Rändrich 87 od. beim Wächter der M.-H. Nöbberau.

Verloren wurde am Freitag nachmittags von 10 jährigem Kinde v. Neumeida bis Schuhwarenhaus ein Herrenschlüssel.

Zwergreppischer
schwarz mit gelben Abzeichen, am Sonntag nachmittags abhanden gekommen. Wegen Verlobung abzugeben Gröbda, Altstraße 24, 1. r.

Spendet Gold und Silber dem Roten Kreuz.
Spenden werden in der Stadthauptkasse entgegengenommen.

Kriegerhaus sucht
Wohnung
bis 1. 4. zum Preise bis 250 Mark. Angeb. unter R V 91 an das Tageblatt Nielsa.

Fräulein sucht
möbl. Zimmer
oder schöne Schlafstelle
mit Kochgel. zu mieten. Nähe Bahnhof Nielsa u. sep. Eing. erwünscht. Angeb. unt. Q V 90 bis Freitag a. Tagl. Nielsa erb.

Weitere Leute ohne Kinder
suchen 1. 4.
Wohnung
bis 350 M. Offerten unter J V 84 an das Tagl. Nielsa.

Sehr anständige, ruhige Dame sucht für 15. März oder per 1. April ein gutmöbl. Zimmer mit Beleuchtung. Gest. Off. u. Y U 74 an d. Tagl. Nielsa erb.